

Brief aus Berlin



Regierung ist überfordert

Neues Jahr—neues Glück, denkt sich wohl auch die Ampel-Regierung und wirft politisch unbeholfen im Plenum mit Phrasen um sich. Doch konkret werden sie dort keineswegs. Vielmehr werden die wichtigen Entscheidungen für unser Land im Hinterzimmer getroffen: Johnson&Johnson-Geimpften wird der Impfstatus aberkannt, vom Gesetzentwurf des Gesundheitsministers zur Impfpflicht fehlt jede Spur und Wirtschaftsminister Habeck stampt von heute auf morgen die KfW-Förderungen zum energieeffizienten Bauen ein. Von der neu ernannten Bauministerin fehlt jede Spur. Von einer Zukunftscoalition habe ich mehr erwartet. Stattdessen kommen Verbote, Teuerungen und die Streichung von Fördermitteln. Sieht so eine verlässliche Regierung aus?



Obendrein steht das Thema Nachtrags-haushalt in diesem Monat auch im Fokus. 60 Milliarden Euro vorbei am Haushalt, die Eröffnung eines Schattenhaushaltes, um damit die Schuldenbremse zu umgehen. Dies werden wir auf Verfassungswidrigkeit prüfen lassen.

(Alle persönlichen Treffen wurden unter der Einhaltung der Corona-Regeln abgehalten.)

Diese Woche:

Seite 2 :
Themen im Bundestag



Seite 3:
Rainer trifft...





Nachtragshaushalt

Die Ampel-Koalition setzt auch Deutschlands haushaltspolitische Glaubwürdigkeit leichtfertig aufs Spiel. Diese Woche wurde über den Nachtragshaushalt beraten. Mit zweckgebundenen Kreditermächtigungen aus der Corona-Pandemie sollen teure Ampel-Versprechen finanziert werden. Solide, seriös und nachhaltig geht anders. Viele Gespräche mit Verfassungsrechtlern haben uns in der Ansicht gestärkt: Dieser Nachtragshaushalt ist nicht verfassungsgemäß. Deshalb werden wir uns seitens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rahmen einer abstrakten Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht für unsere haushaltspolitischen Überzeugungen einsetzen, damit auch künftige Generationen finanzielle Spielräume haben.



EU Taxonomie

Die sog. EU-Taxonomie-Verordnung ist seit Juli 2020 in Kraft. Sie ist ein Klassifikationssystem, das Kriterien ökologisch nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten aufstellt. Es ist also ein EU-Standard für nachhaltige Investitionen. Die EU-Kommission will nun Energieerzeugung aus Atom und Gas in die sogenannte Taxonomie aufnehmen – eine Art Gütesiegel für Klima- und Umweltfreundlichkeit, an dem sich potenzielle Investoren zukünftig orientieren sollen. In der links-gelbe Koalition gab es Streit über die Bewertung dieses Vorschlages. Während SPD und FDP Gaskraftwerke als wichtige Übergangstechnologie für Deutschland ansehen, sahen Vertreter der Grünen das explizit anders. Seitens der CSU bewerten wir die Lage so, dass die Bundesregierung nicht auf ein Veto hinarbeiten soll. Ein europäischer Energiemix muss sich unterscheiden können von der Energieerzeugung in Deutschland.



Orientierungsdebatte zur Impfpflicht

Diesen Mittwoch fand die Orientierungsdebatte im Bundestag zur Impfpflicht statt. Die Ampel hat die Frage der Verpflichtung der Bürgerinnen und Bürger, sich impfen zu lassen, zur Gewissensfrage erklärt und will Gruppenanträge zu deren Lösung. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass die in den vergangenen Jahren beschlossene Masernimpfpflicht und die bereichsbezogene Impfpflicht gegen SARS-CoV-2 aus einhelliger Sicht keine Gewissensfrage darstellten. Die Orientierungsdebatte hat die unterschiedlichen Auffassungen gezeigt. Sie wurde emotional geführt, blieb jedoch rein oberflächlich—aus folgendem Grund ein konkreter Gesetzentwurf der Bundesregierung fehlte.



Meiner Meinung nach sind noch eine Reihe offener Frage, die auch in der vergangenen Debatte nicht seitens der Bundesregierung geklärt werden konnten. Wie würde eine Impfpflicht durchgesetzt werden? Wie erfolgt die Kontrolle der Impfpflicht? Welche Ordnungsmaßnahmen würden damit einhergehen und wie werden diese wiederum überprüft? Gäbe es eine Widerspruchslösung? Die Fragen müssen schnellstmöglich geklärt und dementsprechend ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgelegt werden. Die Bevölkerung braucht Klarheit und vor allem brauchen Kliniken, Pflegeeinrichtungen, Gesundheitsämter und Labore Entlastung.



Rainer trifft...

...den Präsidenten der Bundessteuerberaterkammer Prof. Dr. Hartmut Schwab

In meiner neuen Funktion als Ausschussvorsitzender habe ich vergangene Woche die ersten Gespräche wahrgenommen. Ein gelungener Auftakt war das Treffen mit dem Präsidenten der Bundessteuerberaterkammer, Prof. Dr. Hartmut Schwab. Wir hatten einen informativen Austausch über aktuelle steuerpolitische Themen. Ich freue mich auf alle weiteren Gespräche, die demnächst folgen.



...den Bundesverband der Industrie

Beim Kennenlerngespräch zu Beginn der letzten Sitzungswoche im Januar mit Dr. Monika Wünnemann und Prof. Christian Kaeser sprachen wir über die Richtung der Steuerpolitik der neuen Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag stehen einige ambitionierte Ziele, beispielsweise zur Modernisierung der Betriebsprüfung, der Digitalisierung des Besteuerungsverfahrens, zur globalen Mindestbesteuerung oder der nationalen Anzeigepflicht der Steuergestaltung. Diese und weitere Themen werden wir in dieser Wahlperiode kontrovers im Ausschuss diskutieren.



...den italienischen Botschafter

In dieser Sitzungswoche besuchte mich der italienische Botschafter S.E. Armando Varricchio in Berlin. Es war ein sehr angenehmes Kennenlerngespräch, bei dem wir uns aktuell politische Ereignisse und insbesondere über die Finanzpolitik unserer beiden Länder austauschten.



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
 Deutscher Bundestag
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Telefon: 030 / 227 77420
 E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
 Schulstraße 1
 94353 Haibach
 Telefon: 09963 / 943 9494
 E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de

